



HESSISCHER LANDTAG

01. 08. 2023

INA

Berichts Antrag

Fraktion der SPD

Mobbingvorwürfe gegen den Polizeipräsidenten des Polizeipräsidiiums Mittelhessen

Am 19. Juli 2023 berichtete die hessenschau über Mobbingvorwürfe gegen den Polizeipräsidenten des Polizeipräsidiiums Mittelhessen. In einem internen Verwaltungsverfahren würden die Mobbingvorwürfe gegen den Präsidenten untersucht. Ein leitender Polizeibeamter sei durch den Polizeipräsidenten über Jahre systematisch gemobbt und isoliert worden. Er sei von einem Arzt wegen Mobbing auch schon arbeitsunfähig geschrieben worden. Das Zerwürfnis in der Polizeiführung spielte auch in einem Strafverfahren eine Rolle, nachdem der leitende Polizeibeamte im Herbst 2021 von einer Woche auf die andere als Koordinator in die Bauabteilung des Polizeipräsidiiums versetzt worden war.

Beim Umzug in die Bauabteilung soll sich der Beamte der „vorsätzlich rechtswidrigen Unterdrückung von Daten“ schuldig gemacht haben: Einige dienstliche Dateien zog er laut hessenschau auf dem PC in seinen privaten Bereich. Das Polizeipräsidiium zeigte den Mann an. Der Beamte bestritt die Vorwürfe, akzeptierte dann aber nach einjährigem Verfahren eine Geldstrafe. Während des laufenden Strafverfahrens habe sich der Mitarbeitende mit den Mobbing-Anschuldigungen auch an das Landespolizeipräsidiium gewandt. Zuvor hatte er aufgrund der belastenden Situation u. a. schon Kontakt zum Ansprechpartner der Polizei und dem Zentrum für polizeipsychologische Dienste gesucht.

Gegen den Beamten läuft derzeit nach dem Straf- noch ein Disziplinarverfahren. Bis zum Abschluss wurde ein Dienststellenwechsel vollzogen. Dieser sei laut Ministerium aus Fürsorgegründen erfolgt.

Im Rahmen des Strafverfahrens bestätigte auch der ehemalige Polizeivizepräsident Mittelhessens die Mobbingvorwürfe. Dieser warnte den Polizeipräsidenten laut Berichterstattung davor „mit einem Mitarbeiter so umzuspringen“. Der Polizeipräsident müsse damit aufhören.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Seit wann war das Ministerium über die o. g. Vorwürfe informiert?
2. Welche grundsätzlichen Maßnahmen wurden von Seiten des Ministeriums auf Grund der erhobenen Vorwürfe ergriffen?
3. Wann wurde das in der Vorbemerkung benannte Verwaltungsverfahren auf Grund der Mobbingvorwürfe eingeleitet?
4. Wo wird dieses Verfahren geführt?
5. Wie ist der aktuelle Sachstand?
6. Inwiefern steht der vom Kabinett beschlossene Wechsel an der Spitze des Polizeipräsidiiums Mittelhessen im Zusammenhang mit den aktuellen Vorwürfen?
7. Welche Unterstützungsmaßnahmen haben konkret das Landespolizeipräsidiium, der Ansprechpartner der Polizei und das Zentrum für psychologische Dienste dem Mitarbeitenden zu Teil werden lassen?

8. Welche weiteren polizeiinternen Institutionen hat der Mitarbeitende auf Grund der schwierigen Situation aufgesucht? Wie haben diese ihn unterstützt?
9. Wann und über welchen Zeitraum war der Mitarbeitende wegen des Mobbing arbeitsunfähig?
10. Inwiefern war der aktuell vollzogene Dienststellenwechsel einvernehmlich? Wie wurde der Mitarbeitende in diese Entscheidung eingebunden?
11. Hat die Behördenleitung vor der Strafanzeige gegen den Mitarbeitenden das Gespräch mit diesem gesucht?
Falls nein: Warum nicht?
Falls ja: Warum war auch unter Berücksichtigung der Fürsorgepflicht gegenüber dem Mitarbeitenden keine niedrigschwelligere Klärung des Sachverhalts möglich?
12. Wie ist der aktuelle Sachstand des Disziplinarverfahrens?

Wiesbaden, 1. August 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph